

Niederschrift

Gremium	Sitzung - SR/Z002(VII)/21			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Stadtrat	Dienstag, 14.12.2021	Ratssaal	15:00Uhr	16:55Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit und Durchführung feststellender Beschlüsse
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Beschlussfassung durch den Stadtrat
 - 3.1 Wahl des Beigeordneten II der Landeshauptstadt Magdeburg
BE: Beigeordneter für Umwelt, Personal und Allgemeine Verwaltung DS0556/21
 - 3.2 39. Änderung des Flächennutzungsplanes der Landeshauptstadt Magdeburg "Eulenberg", Einleitung und Auslegung
BE. Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr DS0550/21
 - 3.3 Behandlung der Stellungnahmen (Zwischenabwägung) zum Bebauungsplans Nr. 353-2 "Eulenberg"
BE. Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr DS0551/21

- | | | |
|-------|---|-------------|
| 3.4 | Öffentliche Auslegung des Entwurfs zum B-Plan Nr. 353-2
"Eulenberg" und Änderung des Geltungsbereichs
BE. Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr | DS0552/21 |
| 3.4.1 | Öffentliche Auslegung des Entwurfs zum B-Plan Nr. 353-2
"Eulenberg" und Änderung des Geltungsbereichs
Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr
Ausschuss für Umwelt und Energie | DS0552/21/1 |

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit und Durchführung feststellender Beschlüsse

Der Vorsitzende des Stadtrates Herr Prof. Dr. Pott eröffnet die Sondersitzung des Stadtrates und begrüßt die anwesenden Stadträt*innen, den Oberbürgermeister, die Gäste, Mitarbeiter*innen der Verwaltung und Medienvertreter*innen. Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Soll	56 Stadträtinnen/Stadträte		
Oberbürgermeister	1		
zu Beginn anwesend	49	“	“
maximal anwesend	51	“	“
entschuldigt	6	“	“
unentschuldigt	-		

Auf Antrag der SPD-Stadtratsfraktion stellt der Stadtrat zustimmend fest:

Beschluss-Nr. 1298-Z002(VII)21

Herr Bernhard Sterz wird vom Ausschuss für Umwelt und Energie abberufen und ab dem 01. 01. 2022 in den Ausschuss für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten als sachkundiger Einwohner berufen.

Für den Ausschuss für Umwelt und Energie wird ab dem 01. 01. 2022 Frau Jennifer Lemke als sachkundige Einwohnerin berufen.

Herr Benjamin Dietrich wird vom Ausschuss für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten abberufen und ab dem 01. 01. 2022 für den Kulturausschuss als sachkundiger Einwohner berufen. Im Gegenzug erfolgt die Abberufung von Frau Angela Mund aus dem Kulturausschuss zum 31. 12. 2021.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird vom Stadtrat einstimmig **bestätigt**.

3. Beschlussfassung durch den Stadtrat

3.1.	Wahl des Beigeordneten II der Landeshauptstadt Magdeburg BE: Beigeordneter für Umwelt, Personal und Allgemeine Verwaltung	DS0556/21
------	---	-----------

Der Vorsitzende des Stadtrates Herr Prof. Dr. Pott informiert über die Rechtsgrundlagen der Wahl und gibt zur Verfahrensweise den Hinweis, dass jeweils vier Stadträtinnen/Stadträte aufgerufen werden, die dann die Stimmzettel abholen und die Wahl in den zwei Wahlkabinen vornehmen.

Gemäß § 16 Abs. 1 Satz 3 der GO SR stellt Herr Prof. Dr. Pott fest, dass zu diesem Wahlgang 51 Stadträtinnen und Stadträte anwesend sind.

Herr Prof. Dr. Pott eröffnet den 1. Wahlgang.

Persönliche Erklärung des Vorsitzenden der Fraktion AfD Stadtrat Pasemann

Der Vorsitzende der Fraktion AfD Stadtrat Pasemann gibt eine persönliche Erklärung ab.
(Anlage 1)

Persönliche Erklärung des Vorsitzenden der Fraktion GRÜNE/future! Stadtrat Meister

Der Vorsitzende der Fraktion GRÜNE/future! Stadtrat Meister gibt eine persönliche Erklärung ab. (Anlage 2)

Persönliche Erklärung des Stadtrates Stage, Fraktion GRÜNE/future!

Stadtrat Stage, Fraktion GRÜNE/future!, gibt eine persönliche Erklärung ab. (Anlage 3)

Die Stimmenauszählung zum 1. Wahlgang ergab bei 51 abgegebenen Stimmen folgendes Ergebnis:

abgegebene Stimmen:	51
davon gültig:	49
ungültig:	2

Auf folgende Bewerber entfielen Stimmen:

Heine, Peter	
Kroll, Thorsten	21 Stimmen
Prof. Dr. Presse, André	1 Stimme
Schillack, Maic	3 Stimmen
Dr. Waselewski, Marcus	22 Stimmen
Enthaltungen:	2 Stimmen

Damit hat kein Bewerber die erforderliche Mehrheit der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder erreicht und es erfolgt der 2. Wahlgang.

Gemäß § 16 Abs. 1 Satz 3 der GO SR stellt Herr Prof. Dr. Pott fest, dass zu diesem Wahlgang 51 Stadträtinnen und Stadträte anwesend sind.

Herr Prof. Dr. Pott eröffnet den 2. Wahlgang.

Die Stimmenauszählung zum 2. Wahlgang ergab bei 51 abgegebenen Stimmen folgendes Ergebnis:

abgegebene Stimmen:	51
davon gültig:	50
ungültig:	1

Auf folgende Bewerber entfielen Stimmen:

Heine, Peter	1 Stimme
Kroll, Thorsten	23 Stimmen
Prof. Dr. Presse, André	-
Schillack, Maic	-
Dr. Waselewski, Marcus	23 Stimmen
Enthaltungen:	3 Stimmen

Da zu den Bewerbern Herr Kroll und Herr Dr. Waselewski Stimmgleichheit besteht, entscheidet gem. § 56 Abs. 4 Sätze 1- 4 KVG LSA das Los, das der Vorsitzende zieht. Der Vorsitzende unterbricht die Sitzung zur Herstellung der Lose.

Auf Bitte der Stadträtin Brandt, SPD-Stadtratsfraktion, eine rechtliche Prüfung der gesetzlichen Regelungen hinsichtlich einer Losziehung gem. KVG LSA vorzunehmen, verliest der Beigeordnete für Umwelt, Personal und Allgemeine Verwaltung Herr Platz den Wortlaut des § 56 Abs. 4 KVG LSA.

Im Anschluss daran zieht der Vorsitzende das Los, das auf Herrn Thorsten Kroll entfiel.

Der Stadtrat wählt im Benehmen mit dem Oberbürgermeister gem. § 69 KVG LSA

Beschluss-Nr. 1299-Z002(VII)21

Herr Thorsten Kroll als Beigeordneter für Finanzen und Vermögen und bestellt ihn ab 01. 01. 2022 auf die Dauer von sieben Jahren als hauptamtlichen Beamten auf Zeit.

Herr Kroll nimmt die Wahl an und bedankt sich für das ihm entgegengebrachte Vertrauen.

3.2.	39. Änderung des Flächennutzungsplanes der Landeshauptstadt Magdeburg "Eulenberg", Einleitung und Auslegung	DS0550/21
BE. Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr		

Die Tagesordnungspunkte 3.2, 3.3. und 3.4. werden im Zusammenhang behandelt.

Die Ausschüsse StBV und Uwe empfehlen die Beschlussfassung zu den Drucksachen DS0550/21 (TOP 3.2.) und DS0551/21 TOP 3.3.).

Die Ausschüsse StBV und Uwe empfehlen die Beschlussfassung zur DS0552/21 unter Beachtung des Änderungsantrages DS0552/21/1.

In ihrem einführenden Redebeitrag verweist die Beigeordnete für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit Frau Stieger auf die in den letzten 30 Jahren erfolgten erfolgreichen Ansiedlungen am Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort Magdeburg und die hiermit verbundenen Möglichkeiten zur Weiterentwicklung der Stadt. Um auch weiterhin die Stadt entwickeln zu können sieht sie es als wichtig an, mehr Produktion, mehr Zukunftstechnologie und mehr Arbeitsplätze nach Magdeburg zu holen. Insbesondere verweist sie darauf, dass neue Ansiedlungen nur über das Angebot neuer Flächen erfolgen kann und hierfür das Gebiet Eulenberg optimale Voraussetzungen bietet. Mit dem Hinweis darauf, dass Voraussetzung für die Entwicklung des Gebietes Eulenberg ein entsprechender Flächennutzungsplan sowie ein Bebauungsplan sei, bittet sie um Zustimmung zu den vorliegenden Drucksachen.

Im Anschluss macht der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Rehbaum anhand der Präsentation des Bebauungsplanes umfangreiche erläuternde Ausführungen zu den vorliegenden Drucksachen. Hinsichtlich der erfolgten Zwischenabwägung merkt er an, dass hier auf all die von anderen Ämtern, anderen Behörden und Bürgern erfolgten Anregungen eingegangen wurde und diese in den Bebauungsplan eingeflossen sind. Eingehend auf die in der gemeinsamen Sitzung der Ausschüsse StBV und Uwe und der hier aufgeworfenen Frage hinsichtlich der Verortung von Ausgleichsmaßnahmen verweist Herr Rehbaum auf den Beschluss des Stadtrates zum Aufstellungsbeschluss einfacher Bebauungsplan Hochplateau Sohlener Berge und bezeichnet die Fläche als geeignet, hier einen Großteil von Ausgleichsmaßnahmen unterzubringen.

Im Weiteren macht Herr Rehbaum zum Bebauungsplan erläuternde Ausführungen zu Art und Maß der baulichen Nutzung und geht dabei u.a. auf die Erschließung des Gebietes, die Darstellung der Grünflächen sowie das Ausgleichsflächenmanagement ein.

In der sich anschließenden Diskussion informiert der Vorsitzende des Ausschusses StBV Stadtrat Stage über die gemeinsame Sitzung des Ausschusses StBV mit dem Ausschuss Uwe und die hier erfolgte detaillierte Diskussion der vorliegenden Drucksachen. Insbesondere benennt er dabei die drei Schwerpunkte der Diskussion verkehrliche Erschließung, Bodenversiegelung und Ausgleichsmaßnahmen und macht erläuternde Ausführungen hierzu. Im Weiteren erläutert er den Hintergrund des vorliegenden Änderungsantrages DS0552/21/1.

Ergänzend informiert der Vorsitzende des Ausschusses Uwe Stadtrat Moll bzgl. des Änderungsantrages DS0522/21/1, dass sich der Ausschuss dazu bekannt habe, einen konkreten Maßnahmeplan zu erhalten, der bis Ende 2022 die Maßnahmen, die außerhalb des Bebauungsplanes und innerhalb des Stadtgebietes ausgeführt werden.

Die Vorsitzende der Fraktion GRÜNE/future! Stadträtin Linke erläutert in ihrem Redebeitrag die Hintergründe für das Abstimmungsverhalten ihrer Fraktion. Eingehend auf den Änderungsantrag DS0522/21/1 erklärt sie, dass ihre Fraktion diesen mitträgt.

Im Weiteren legt sie dar, dass ihre Fraktion frühzeitig über die Problematik der Ausgleichsmaßnahmen informiert werden möchte und merkt an, dass diese möglichst ortsnah erfolgen sollen. Weiterhin geht sie auf die Thematik der verkehrlichen Anbindung mit nachhaltigen Verkehrsmitteln ein. Mit Hinweis auf die in der Zweckvereinbarung zwischen der Stadt Magdeburg, dem Landkreis Börde und der Gemeinde Sülzetal enthaltenen Infrastrukturmaßnahmen zur verkehrlichen Anbindung führt sie aus, dass sich ihre Fraktion darüber hinaus eine enge Zusammenarbeit mit den umliegenden Kommunen z.B. in Form eines integrierten Regionalentwicklungskonzeptes wünscht.

Abschließend bezeichnet sie als wichtigsten Punkt die Bedeutung des Gebietes Eulenberg für den Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort Magdeburg. Sie erklärt, dass nach Abwägung aller genannten Punkte die Entscheidung getroffen wurde, als Fraktion geschlossen den vorliegenden Drucksachen zuzustimmen.

Der Vorsitzende der CDU-Ratsfraktion Stadtrat Schwenke bringt seine Freude darüber zum Ausdruck, dass sich die Abgabe eines eindeutigen positiven Votums des Stadtrates abzeichnen scheint und sieht dies als wichtiges Signal, das einem Großinvestor gegeben werden kann. Er richtet seinen Dank an die Verwaltung, dass die gegebenen Hinweise und Anregungen des Vereins Bürger für Ottersleben hinsichtlich der Baumschulensiedlung aufgenommen wurden und die Zusage vorliegt, die Bürger*innen aus Ottersleben in das Verfahren mit einzubeziehen.

Eingehend auf den Änderungsantrag DS0522/21/1 bezeichnet er die inhaltlichen Schwerpunkte zwar als wichtig, sieht diese aber als Themen für nachfolgende Schritte an. Zunächst müsse das Planungsrecht hergestellt werden. Er spricht sich für eine Ablehnung zum Änderungsantrag aus und erklärt die Zustimmung seiner Fraktion zu den vorliegenden Drucksachen.

Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Rehbaum führt aus, die Diskussion in der gemeinsamen Ausschusssitzung so verstanden zu haben, dass die Punkte des Änderungsantrages zunächst nur in die Begründung aufgenommen werden sollen. Er stellt klar, dass diese Punkte keine Auswirkung auf die eigentliche Drucksache haben.

Stadtrat Hempel, Fraktion DIE LINKE, geht auf die Thematik der Bodenversiegelung ein und bezeichnet die entsprechenden Ausgleichsmaßnahmen als angemessen und notwendig. Ebenso sieht er die Situation hinsichtlich der Baumschulensiedlung als gut gelöst und für die dort wohnenden Bürger*innen akzeptabel an. Im Weiteren geht er auf mögliche Konsequenzen durch eine Großansiedlung, u.a. die verkehrliche Anbindung betreffend, ein.

Mit dem Hinweis darauf, dass die Chancen für eine großflächige Ansiedlung sehr groß seien merkt er an, dass sich dadurch auch die Stadt verändern wird. Für seine Fraktion sei es wichtig, dass die weitere Entwicklung der Stadt in Relation zur Ansiedlung auch eine soziale Komponente haben muss und es als wünschenswert gesehen wird, dass der zukünftige Investor dies mit Blick auf die Stadt und die Region mitberücksichtigen wird.

Abschließend signalisiert er die Zustimmung seiner Fraktion zu den vorliegenden Drucksachen.

Der Vorsitzende der Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz Stadtrat Zander äußert sich kritisch zur geführten Diskussion und legt seine Auffassung dar, dass im Ergebnis bereits geführter Diskussionen Einigung erzielt wurde, dass schnell die entsprechenden Beschlüsse gefasst werden sollten, ohne umfängliche Diskussion.

Er macht darauf aufmerksam, dass zunächst die Zusage des Investors abgewartet werden sollte, bevor über weitere Schritte entschieden wird.

Er erklärt seine Zustimmung zu den vorliegenden Drucksachen und begründet seine Auffassung, dem Änderungsantrag DS0522/21/1 nicht folgen zu können.

Er wirft die Frage zum weiteren Umgang mit dem vorhandenen Biotop auf und legt seine Auffassung dar, dass die Bewohner*innen der Baumschulensiedlung nicht ausreichend informiert wurden.

Beantwortend macht der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr erläuternde Ausführungen zum Biotop. Er verweist darauf, dass eine Bürgerbeteiligung durchgeführt wurde, die sich an alle Bürger*innen wandte. Insbesondere informiert Herr Rehbaum, dass nochmals ein Termin vereinbart werden soll, und sowohl er als auch die Beigeordnete Frau Stieger bei einem Vor-Ort-Termin den Bürger*innen die vorgesehenen Maßnahmen erläutern werden.

Der Vorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion Stadtrat Rösler sieht in einer Beschlussfassung zu den vorliegenden Drucksachen nicht nur eine Entscheidung zu Änderungen des Flächennutzungsplanes bzw. des Bebauungsplanes, sondern eine Entscheidung für die weitere Entwicklung sowohl der Stadt Magdeburg als auch der Region. Er legt seine Auffassung dar, dass zu einem späteren Zeitpunkt Fragen zum Verkehr, zum Wohnungsbau und zu sozialen Aspekten zu klären und zu bedenken sind, aber auch zu der jetzt zu treffenden Entscheidung gehören.

Eingehend auf den Änderungsantrag DS0522/21/1 bezeichnet er diesen als sinnvoll und begründet seine Auffassung. Stadtrat Rösler erklärt die Zustimmung seiner Fraktion zu den vorliegenden Drucksachen und dem Änderungsantrag DS0522/21/1.

Der Vorsitzende der Fraktion AfD Stadtrat Pasemann sieht in einer Zustimmung zu den vorliegenden Drucksachen eine große Chance für die Stadt Magdeburg. Er schließt sich den Ausführungen des Stadtrates Zander an und äußert sein Unverständnis über die geführte Diskussion. Die Entwicklung des Gewerbegebietes sieht er ebenfalls als Chance, dass weitere Arbeitsplätze geschaffen werden können. Er legt seine Auffassung dar, dass, wenn der mögliche Investor sich gegen den Standort entscheidet, die Stadt Magdeburg über ein gutes, in Europa seltenes, Gewerbegebiet für andere potentielle Investoren verfügt.

Die Anliegen des Änderungsantrages bezeichnet er als verzichtbar, da diese Aspekte zu einem späteren Zeitpunkt des Verfahrens diskutiert werden können.

Er signalisiert die Ablehnung seiner Fraktion zum Änderungsantrag DS0522/21/1 und die Zustimmung zu den vorliegenden Drucksachen.

Stadtrat Stage, Fraktion GRÜNE/future!, geht auf die bisherigen Redebeiträge ein und trifft die Feststellung, dass in diesen einhellig die Zustimmung zu den Drucksachen signalisiert wurde. Kritisch merkt er an, den Redebeitrag des Stadtrates Zander nicht verstanden zu haben, da dieser zunächst die Zustimmung erklärt, dann jedoch Bedenken geäußert habe.

Im Weiteren macht er klarstellende Ausführungen zu den beiden Punkten des Änderungsantrages DS0522/21/1 und führt aus, dass der Punkt 1 eine Ergänzung der Begründung der Drucksache darstellt. Zum Punkt 2 erklärt er, dass dieser einen Vertrauensvorschuss für die Verwaltung auf Grund der zeitlichen Enge für die Umsetzung der erforderlichen Maßnahmen bedeute. Er richtet die Bitte an die CDU-Ratsfraktion, diesen Vertrauensvorschuss zu unterstützen und diesen Punkt nicht abzulehnen.

Der Vorsitzende der Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz Stadtrat Zander stellt hierzu klar, sich in seinem Redebeitrag für eine Zustimmung zu den Drucksachen ausgesprochen zu haben, eine Beschlussfassung des Änderungsantrages jedoch abgelehnt werde.

Stadtrat Hoffmann, CDU-Ratsfraktion, geht kritisch auf die geführte Diskussion ein und bezeichnet diese als zerredend. Er legt seine Auffassung dar, dass es besser gewesen wäre, wenn der Stadtrat gleich den Drucksachen zugestimmt und damit der Verwaltung einen gewissen Vertrauensvorschuss gegeben hätte.

Stadträtin Brandt, SPD-Stadtratsfraktion, begrüßt die hier geführte Diskussion ausdrücklich und macht in ihren weiteren Ausführungen auf die Dimension des Vorhabens sowie auf die Verantwortung des Stadtrates vor den Bürger*innen der Stadt aufmerksam.

In seinen Ausführungen macht der Oberbürgermeister darauf aufmerksam, dass es heute darum geht, eine Entscheidung zum Bebauungsplan zu treffen, und nicht darum, dass ein Investor seine Baumaßnahmen in dem Bebauungsplan umsetzt. Im Weiteren macht er Ausführungen zur bisherigen Verfahrensweise für die Vorbereitung einer möglichen Großansiedlung. Hierzu wurde bereits seit dem 12. 04. 2021 zwischen ihm und der Beigeordneten Frau Stieger die Diskussion geführt und zu einem späteren Zeitpunkt der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr mit einbezogen. Er äußert sich lobend über die seitens der Beigeordneten Frau Stieger und des Beigeordneten Herrn Rehbaum geleistete bisherigen Arbeit.

Der Oberbürgermeister informiert, dass es in den nächsten Tagen Gespräche geben wird, die finanzielle Fragen zum Inhalt haben werden. Er macht darauf aufmerksam, dass jetzt Diskussionen aufkommen werden, die bisher noch nicht geführt wurden. Um diese auch zuende führen zu können, muss bis an die Grenzen dessen gegangen werden, was vertretbar und machbar ist, da, wenn der Stadt mit diesem Projekt Erfolg beschieden ist, dieser so gigantisch sein wird, dass dies alles kompensiert wird.

Der Stadtrat beschließt mit 46 Ja-Stimmen einstimmig:

Beschluss-Nr. 1300-Z002(VII)21

1. Der Stadtrat beschließt die Einleitung der 39. Änderung des Flächennutzungsplanes „Eulenberg“. Das Plangebiet ist im beiliegenden Übersichtsplan, der Bestandteil des Beschlusses ist, dargestellt.
2. Ziel des Änderungsverfahrens ist die Ausweisung einer bislang im Flächennutzungsplan dargestellten landwirtschaftlichen Nutzfläche als gewerbliche Baufläche. Das Verfahren wird gemäß § 8 (3) BauGB im Parallelverfahren zum Bebauungsplan Nr. 353-2 „Eulenberg“ durchgeführt.
3. Gemäß § 2a BauGB ist dem Entwurf der 39. Änderung eine Begründung sowie ein Umweltbericht beizufügen. Da eine Umweltprüfung innerhalb des gleichzeitig durchgeführten Bebauungsplanverfahrens Nr. 353-2 „Eulenberg“ erfolgt, wird die im Rahmen der 39. Änderung durchzuführende Umweltprüfung gemäß § 2 (4) Satz 5 BauGB auf zusätzliche oder andere erhebliche Umweltauswirkungen beschränkt.
4. Der Entwurf und die Begründung der 39. Änderung des Flächennutzungsplanes der Landeshauptstadt Magdeburg „Eulenberg“ werden in der vorliegenden Form gebilligt.

- Die Weiterverwertung des vor Ort bestehenden Bördebodens soll in die Planung einbezogen werden (Anlage 1, Anregung Nr. A 4.1).
- Es sind Lärm- und Sichtschutzmaßnahmen für die „Siedlung Baumschule“ vorzusehen. Es wird eine Anpflanzung an der direkten Grenze des Siedlungsgebietes vorgeschlagen (Anlage 1, Anregung Nr. A 4.4).

Den Anregungen wird gefolgt. Im Rahmen des Bauleitplanverfahrens werden eine Studie zur Geländemodellierung und ein Bodenverwertungskonzept erstellt. Es wird eine Festsetzung zur Verbringung des Oberbodens getroffen. Es wird ein mindestens 100 m breiter Grünstreifen mit Anpflanzungen in Richtung Siedlung festgesetzt. In diesem Grünstreifen sind schallschutztechnische Maßnahmen (Erdwall/ Schallschutz bis zu einer Höhe von maximal 15m) vorgesehen. Die TA-Lärm ist anzuwenden.

1.4. Soziale Belange

- Es wird kritisiert, dass die Bürger der „Siedlung Baumschule“ nicht direkt am Verfahren beteiligt wurden. Es wird eine gesonderte Einwohnerversammlung in Ottersleben vorgeschlagen.

Der Anregung wird gefolgt. Parallel zur öffentlichen Auslegung kann eine Informationsveranstaltung (z.B. im Rahmen einer GWA-Sitzung) organisiert werden.

In Abwägung der öffentlichen und privaten Belange gegeneinander und untereinander werden die Stellungnahmen entsprechend dem Abwägungskatalog (Anlage zur DS) berücksichtigt.

2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, gemäß § 3 Abs. 2 BauGB die Bürger*innen, Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, die Anregungen vorgebracht haben, von dem Ergebnis der Abwägung in Kenntnis zu setzen.

3.4.	Öffentliche Auslegung des Entwurfs zum B-Plan Nr. 353-2 "Eulenberg" und Änderung des Geltungsbereichs	DS0552/21
BE. Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr		

siehe TOP 3.2.

Gemäß Änderungsantrag DS0522/21/1 der Ausschüsse StBV und UwE beschließt der Stadtrat mit 27 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen bei 9 Enthaltungen:

- 1) In der Begründung zum B-Plan ist unter 6.6 Radverkehr zu ergänzen.
„Bei der Aufweitung der L50 ist von vornherein eine von der MIV-Fahrspur getrennte Radinfrastruktur vorzusehen.“
- 2) Für den „konzentrierten qualitativen und hochwertigen Ausgleich außerhalb des B-Planes im Stadtgebiet“ ist bis Ende 2022 dem Stadtrat ein konkreter Maßnahmenplan vorzulegen.

Der Stadtrat beschließt unter Beachtung des Änderungsantrages DS0522/21/1 der Ausschüsse StBV und UwE mit 46 Ja-Stimmen einstimmig:

Beschluss-Nr. 1302-Z002(VII)21

1. Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 353-2 „Eulenberg“ und die Begründung/Umweltbericht werden in der vorliegenden Form gebilligt.
2. Der Geltungsbereich wird gemäß Anlage 1 geändert.

3. Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 353-2 „Eulenberg“ und die Begründung/Umweltbericht sind gemäß § 3 Abs. 2 BauGB für die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen.

Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung sowie Angaben dazu, welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind, sind mindestens eine Woche vorher ortsüblich bekannt zu machen.

Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind gemäß § 4a Abs. 2 BauGB i. V. m. § 4 Abs. 2 BauGB parallel zur öffentlichen Auslegung zu beteiligen und gemäß § 3 Abs. 2 Satz 3 BauGB über die öffentliche Auslegung zu benachrichtigen.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Prof.Dr. Alexander Pott
Vorsitzender des Stadtrates

Andrea Behne
Schriftführerin

Anwesend:

Vorsitzende/r

Prof.Dr. Alexander Pott

Mitglieder des Gremiums

Norman Belas

Anke Jäger

Tobias Baum

Matthias Borowiak

Matthias Boxhorn

Julia Brandt

Stephan Bublitz

Jürgen Canehl

Aila Fassl

Dr. Falko Grube

Marcel Guderjahn

Christian Hausmann

René Hempel

Bernd Heynemann

Michael Hoffmann

Dennis Jannack

Kornelia Keune

Oliver Kirchner

Matthias Kleiser

Hagen Kohl

Karsten Köpp

Ronny Kumpf

Urs Liebau

Madeleine Linke

Nadja Lösch

Julia Mayer-Buch

Olaf Meister

Christian Mertens

Hans-Joachim Mewes

Stefanie Middendorf

Dr. Jan Moldenhauer

Burkhard Moll

Oliver Müller

Stephan Papenbreer

Frank Pasemann

Tim Rohne

Jens Rösler

Manuel Rupsch

Chris Scheunchen

Robby Schmidt

Evelin Schulz

Andreas Schumann

Frank Schuster

Wigbert Schwenke

Mirko Stage

Reinhard Stern

Barbara Jutta Tietge

Dr. Lutz Trümper

Dr. Thomas Wiebe

Roland Zander

Dr. Niko Zenker
Geschäftsführung
Silke Luther

Abwesend - entschuldigt

Julia Bohlander
Steffi Meyer
Kathrin Meyer-Pinger
Kathrin Natho
Carola Schumann